

Positionspapier zum zunehmenden Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern

Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe, Zeit für eine Ausbildungsoffensive

Die Diskussion um einen Mangel an Fachkräften in bestimmten Berufsfeldern beherrscht zwischenzeitlich regelhaft den gesellschaftlichen Diskurs. Vor dem Hintergrund der wachsenden Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe und den steigenden Fallzahlen war es nur eine Frage der Zeit wann der Notstand an Fachkräften spürbar wird.

Eine Entwicklung, die absehbar war und von den Verantwortlichen in der Kinder- und Jugendhilfe zu lange ignoriert wurde. Leider werden erst jetzt Verbände, Politik und die verantwortlichen Ministerien aktiv. Arbeitsgruppen werden eingerichtet, Stellungnahmen veröffentlicht und das Thema auf die Agenda gesetzt.

Das Recht auf einen Kita Platz, der Ausbau der Kinderkrippen, der steigende Bedarf in der Heimbetreuung und die Umsetzung der geplanten Inklusion erfordern zusätzliche sozialpädagogische Fachkräfte. Zwar wurden in den vergangenen Jahren vermehrt Ausbildungsplätze in den Fachakademien und Hochschulen geschaffen, diese reichen jedoch bei weitem nicht aus, um den steigenden Bedarf zu decken.

Die Absenkung bestehender Qualitätsstandards verhindern

Keinesfalls darf dabei die in den vergangenen Jahrzehnten geschaffene Qualität, vor dem Hintergrund eines Fachkräftemangels, leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Im Rahmen der Flüchtlingswelle 2016/2017 wurde eine Vielzahl von Jugendhilfeeinrichtungen zur Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen von Jugendhilfeträger neu geschaffen und angeboten. Dies hat den Fachkräftemangel zusätzlich verstärkt. Auch die Anerkennung von fachfremden Berufsgruppen, bzw. Quereinsteigern*innen wie z.B. von Lehrer*innen, Soziologen*innen, etc. als pädagogische Fachkräfte kann in einer Ausnahmesituation zwar gerechtfertigt werden, aber sie kann und darf keinesfalls zu einer Dauerlösung führen.

Auch die Absenkung von Einstiegsvoraussetzungen in professionelle pädagogische Berufe, wie dem der Erzieher*innen oder der Sozialpädagogen*innen ist nicht



zielführend. Im Gegenteil, es gilt Berufsbilder in der Kinder- und Jugendhilfe aufzuwerten. So gilt es zu prüfen, ob es sinnvoll ist, die Erzieherausbildung auch zu akademisieren. Ferner ist es erforderlich die bestehenden Ausbildungs- und Qualifikationsformen weiterzuentwickeln. Als Beispiel sei das Duale Studium der Sozialpädagogik genannt, das von den Hochschulen bislang nur begrenzt angeboten wird.

Ebenso ist es unverständlich warum das in Baden - Württemberg bestehende Berufsbild des Jugend- und Heimerziehers bislang nicht auch in Bayern etabliert wird.

Um vermehrt junge Menschen für sozialpädagogische Berufe zu gewinnen, bedarf es einer adäquaten Vergütung und verbesserten Arbeitsbedingungen, die die Berufe in der Kinder- und Jugendhilfe attraktiv machen. Dazu gehört auch, dass bereits die Ausbildung vergütet wird und vermehrt differenzierte Ausbildungsformen angeboten werden. Auch sind die Arbeitgeber*innen gefordert flexible Arbeitsmodelle anzubieten.

Eine weitere Grundvoraussetzung, um Ausbildung zu fördern, ist es, die strukturellen Rahmenbedingungen für die Einrichtungen zu schaffen um diese überhaupt erst in die Lage zu versetzen ausbilden zu können.

Hierzu bedarf es einer Finanzierung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen in den Einrichtungen. Derzeit sind nur in einem Teil der Einrichtungen Praktikumsplätze in den Betriebserlaubnissen benannt und können somit auch vergütet werden.

Wie also sollen Praktikanten*innen ausgebildet werden, wenn es keine Praktikumsplätze für sie gibt? Zuständig sind hierfür die Regierungen, die die Betriebserlaubnisse ausstellen, oder die Jugendämter, die freiwillig zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Ferner bedarf es der Berücksichtigung von Anleitungszeiten für Praktikanten*innen im Stellenplan. Denn viele private Träger*innen würden gerne ihr fachliches Knowhow zur Verfügung stellen, um Menschen für die Heimerziehung zu begeistern.

Erforderliche Maßnahmen zur Gewinnung und zum Halten von Fachkräften ergreifen

Erfreulich ist, dass erste Jugendämter und Heimaufsichten die Problematik erkannt haben und Praktikanten*innen zusätzlich anerkennen.

Um jedoch flächendeckend dem Notstand entgegenzuwirken, bedarf es einer verbindlichen Regelung über die strukturellen Rahmenbedingungen für die



Ausbildung und Beschäftigung von Praktikanten*innen. Hier ist die bayerische Staatsregierung gefordert, tätig zu werden. Zu beachten ist, dass Modelle für die Finanzierung entwickelt werden müssen, die nicht einseitig kleine Einrichtungen Übergebühr belasten und damit Wettbewerbsnachteile für diese entstehen.

Da der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter bei Bund und Länder eine hohe Priorität hat, wird sich die Thematik Fachkräfteknappheit weiter verschärfen. Ab 2025 soll ein solches Angebot Eltern und Kindern durch einen Rechtsanspruch garantiert werden.

Es steht zu befürchten, dass der Wettbewerb um geeignete Fachkräfte dramatisch zunehmen wird.

Verantwortung übernehmen

Höchste Zeit, dass wir uns unserer gemeinsamen Verantwortung stellen!

Die Träger*innen müssen ausbilden und die Verantwortlichen in der Politik und Kostenträger müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen und Mittel zur Verfügung stellen!

Leidtragende sind immer die betroffenen Kinder- und Jugendlichen.

Es ist also höchste Zeit!

Forderungen:

- Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen an Fachakademien und Hochschulen
- Verkürzung der Ausbildungszeit bei Erzieher*innen auf drei Jahre
- Bezahlung der Auszubildenden während des Studiums bzw. Schulzeit
- Staatliche Finanzierung der Praktikumsplätze in Ausbildungsstätten
- Schaffung neuer Ausbildungsformen für Sozialpädagogen*innen, Erzieher*innen, Heilerziehungspfleger*innen, etc.
- Das Berufsbild der Jugend- und Heimerzieher*in in Bayern anerkennen

VPK Landesverband Bayern e.V.

Augsburg, 14.02.2019

